



NR. 32

SEITE

319

319

320

320

324

325

325

325

325

326

326

327

MLAUF: 28. Aug. 2001

[illegible]

Mit dieser Bekanntmachung gem. § 6 Abs. 5 BauGB wird die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes wirksam.

Die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich Feststellungsbeschluss kann bei der Stadt Pattensen im Bauamt, Abt. Stadtplanung und Umweltschutz, Dienstgebäude Marienstraße 2, Zimmer 206, während der Sprechzeiten (montags bis freitags von 9.00 bis 11.30 Uhr und donnerstags von 16.00 bis 18.00 Uhr) von jedermann eingesehen werden. Jeder kann über den Inhalt der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes Auskunft verlangen.

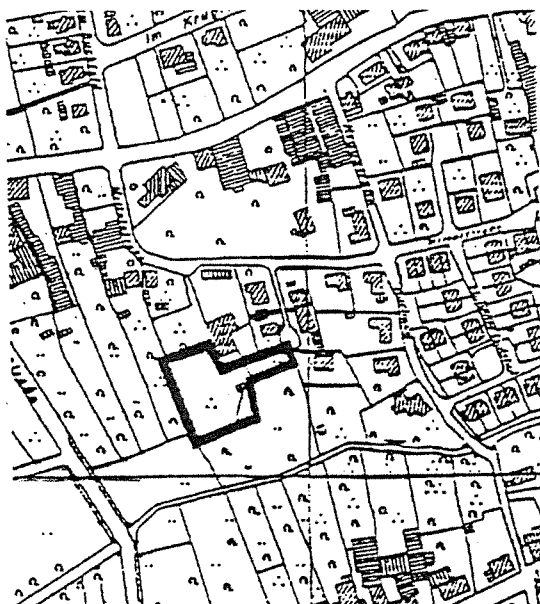
Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214 (1) Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung im Amtsblatt schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von 7 Jahren seit Bekanntmachung im Amtsblatt gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen (§ 215 (1) Nr. 1 und 2 BauGB).

Pattensen, den 8. 8. 2001

STADT PATTENSEN
Der Bürgermeister
Griebe

Bauleitplanung der Stadt Pattensen. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 407a „von Redenscher Meierhof“ - Grundstück Ewig Beschluss gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 26. 4. 2001 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 407a „von Redenscher Meierhof“ – Grundstück Ewig mit Begründung als Satzung gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 6 und 40 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) beschlossen. Die Grenzen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 407a sind in dem folgenden Kartenausschnitt mit einem fetten Vollstrich gekennzeichnet.



Mit dieser Bekanntmachung gem. § 6 Abs. 5 BauGB wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 407a „von Redenscher Meierhof Grundstück Ewig“ mit Begründung als Satzung rechtsverbindlich.

Der vorgenannte Bebauungsplan einschließlich Begründung kann bei der Stadt Pattensen im Bauamt, Abt. Stadtplanung und Umweltschutz, Dienstgebäude Marienstraße 2, Zimmer 206, während der Sprechzeiten (montags bis freitags von 9.00 bis 11.30 Uhr und donnerstags von 16.00 bis 18.00 Uhr) von Jedermann eingesehen werden. Jeder kann über den Inhalt des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 407a Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214 (1) Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung im Amtsblatt schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von 7 Jahren seit Bekanntmachung im Amtsblatt gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen (§ 215 (1) Nr. 1 und 2 BauGB).

Pattensen, den 8. 8. 2001

STADT PATTENSEN
Der Bürgermeister
Griebe

5. Stadt Seelze

Satzung der Stadt Seelze über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) und des § 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) hat der Rat der Stadt Seelze in seiner Sitzung vom 21. 6. 2001 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Allgemeines**

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten – nachfolgend Verwaltungstätigkeiten genannt – im eigenen Wirkungskreis der Stadt Seelze werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen – nachfolgend Kosten genannt – erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über Rechtsbehelfe. Entscheidungen über nicht förmliche Rechtsbehelfe (Gegenvorstellungen, Dienstaufsichtsbeschwerden) sind nicht kostenpflichtig.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung der Kosten auf Grund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.